<Protokolltext eingeben>

Frau Schulenburg erläuterte für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den gestellten Antrag. Demnach sei es sinnvoll, sich der bundesweiten Imagekampagne für Solar-Strom mit dem Titel „Solar Lokal“ der Deutschen Umwelthilfe e.V. anzuschließen. Dies fördere sowohl Ressourcenschonung und Klimaschutz, sei darüber hinaus eine Wirtschaftsförderung für die lokalen Handwerker, eine Hilfe bei der Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Beratung der Bürger für Solar-Strom und nicht zuletzt positiv für das Image der Stadt Sankt Augustin.
Für die CDU-Fraktion beantragte Herr Meyer-Eppler die Änderung des Beschlussantrages in einen Prüfauftrag.
SPD-Fraktion und FDP-Fraktion sagten ihre Unterstützung im Falle eines Beschlusses zur Teilnahme der Stadt Sankt Augustin an der genannten Kampagne zu.
Herr Kasper erläuterte für die Verwaltung, dass auch das Büro für Natur und Umweltschutz schon länger über diese Kampagne informiert ist und sich inhaltlich eine Teilnahme der Stadt Sankt Augustin durchaus vorstellen kann und wünscht. Einiges von dem, was die Teilnahme beinhaltet, wie z. B. die intensive Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Solar-Strom, sei bereits jetzt schon tägliches Geschäft der Verwaltung. Es sei jedoch zu bedenken und von daher zu prüfen, wie hoch der Aufwand insgesamt für die Verwaltung im Rahmen einer Teilnahme an der Kampagne „Solar Lokal“ ist. Dies bezöge sich insbesondere auf die damit zu übernehmende Verpflichtung, Solardachkataster und Dachbörsen einzurichten sowie hinsichtlich der Ausgestaltung von Dachnutzungsverträgen. Des Weiteren sei die umfassende und lückenlose Erstellung von Listen der Fachfirmen und fachspezifischen Handwerksbetriebe nicht einfach und unproblematisch. Dies haben solche Versuche des Büros für Natur und Umweltschutz in der Vergangenheit bereits bewiesen. Vor diesem Hintergrund bat die Verwaltung, den durch Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellten Antrag in einen Prüfauftrag umzuwandeln.
Die Antragsteller folgten den Argumenten und Begründungen der Verwaltung. Über den Antrag wurde als Prüfauftrag abgestimmt.